

„drain“ aus den Entwicklungsländern in die Industrienationen geleistet. Personen ohne besondere Qualifikation können eher kurzfristige Hilfsarbeiten übernehmen und begnügen sich mit einem geringeren Einkommen, so daß sie schneller Arbeit finden. Das höchste Risiko tragen die Personen, die eine mittlere Erziehung haben, die genug Geld haben, um das Dorf zu verlassen, aber nicht genügend Qualifikationen besitzen, um in einer der afrikanischen Städte Arbeit zu finden. Die Folgen sind ein ständiger Wechsel zwischen dem ländlichen und städtischen Gebiet. Viele junge Afrikaner versuchen, durch lokale Mobilität zu sozialem Aufstieg zu kommen, und nicht wenige scheitern dabei. In verschiedenen Publikationen wird daher übereinstimmend betont, daß sich in der Lage der Jugend der Dritten Welt am deutlichsten die zentralen Probleme im Verhältnis der Staaten des Nordens zu den Staaten des Südens der Erde widerspiegeln.

Die Kirche beginnt das Thema zu entdecken

Mit der „vorrangigen Option für die Jugendlichen“ hat die III. Vollversammlung des Lateinamerikanischen Episkopats in *Puebla* (1979) in ihrem Schlußdokument durchaus der Lage der Jugend und der Verantwortung der Kirche für sie Rechnung getragen. Die lateinamerikanischen Bischöfe sehen in der Jugend Lateinamerikas eine soziale Kraft, die fähig ist, „die Kulturen zu erneuern“ (vgl. Ziffer 1169), und ein „wirkliches Potential der Evangelisierung Lateinamerikas in Gegenwart und Zukunft“

(vgl. Ziffer 1186). In der konkreten Pastoralplanung Lateinamerikas ist – so wird im Dokument gefordert – die kirchliche Jugendarbeit zu fördern unter Berücksichtigung der jeweiligen gesellschaftlichen Situation der Oberschüler, Studenten, Arbeiter und Landarbeiter unter den Jugendlichen. Daher ist es verständlich, daß in den Rechenschaftsberichten von ADVENIAT, der Förderung der Jugendarbeit und insbesondere auch der Studenten-seelsorge Priorität eingeräumt wird. Nach statistischen Tabellen, die zur Vorbereitung der Puebla-Konferenz in Mexiko erstellt wurden, studierten Ende der siebziger Jahre in ganz Lateinamerika mehr als 16 Millionen Studenten. Gerade für diese Zielgruppe dürfte es nicht unwichtig sein, daß die vorrangige Option der lateinamerikanischen Kirche für die Jugend einen Beitrag leisten will, „die Jugendlichen schrittweise für das sozio-politische Wirken und für den Wandel von weniger menschlichen zu menschlicheren Strukturen in Übereinstimmung mit der Soziallehre der Kirche heranzubilden“ (vgl. Ziffer 1196).

Auch in Afrika und Asien geht die Kirche engagierter auf die Jugendlichen zu. Das zeigen u. a. Veröffentlichungen und Aufsätze von Studenten- und Jugendseelsorgern, verschiedene Projektanträge zur Förderung der kirchlichen Jugendarbeit bei MISSIO und einzelne Hirtenworte afrikanischer und asiatischer Bischöfe. Es geht dabei vor allem darum, die Jugendlichen zu aktiv Mitwirkenden in der Entwicklung ihrer Gesellschaften und zu Christen ohne zivilisatorische Überfremdungen heranzubilden.

Heinz Czarkowski

Länderberichte

Bolivien: Putsch gegen die Diktatur?

Wenig mehr als ein halbes Jahr hat genügt, die internationale Entrüstung über den bolivianischen Militärputsch vom 17. Juli 1980, die ungewöhnlich zahlreichen Solidaritätsbezeugungen ausländischer Staaten und Ortskirchen (vgl. HK, Oktober 1980, 533) gegenüber dem bolivianischen Volk und die damals überzeugend klingenden Prognosen über die kurze Lebensdauer der neuen Diktatur vergessen zu lassen. Das Regime des Generals *Luis García Meza* hat sich etabliert, durch diplomatische Vertretungen aus mehr als 30 (von vorher 52) Ländern praktisch legitimiert. Der gegenwärtig abwartenden bis desinteressierten öffentlichen Meinung im westlichen Ausland entspricht in der bolivianischen Politik von Regierungsseite der Versuch, die Diktatur mit repressiven

und propagandistischen Mitteln zu festigen; die Opposition ist damit beschäftigt, über internationale Kanäle und geheime Kontakte im Inneren alle Kräfte zu sammeln – politische Aktivitäten, die wenig Schlagzeilen machen.

Eine der schlimmsten Diktaturen des Kontinents

Daß sich abseits der mittelamerikanischen Spannungsbereiche in Bolivien eine der schlimmsten Diktaturen des Kontinents installieren konnte, hat *außen- und innenpolitische Ursachen*, die schon im Umfeld des Juli-Putsches zu erkennen waren. Bolivianische Oppositionspolitiker

geben zu, daß der Umsturz entgegen ausländischen Einschätzungen und eigenen Versuchen der Rechtfertigung auch zu jenem Zeitpunkt keineswegs überraschend erfolgte. Seit Ende 1979 diente eine Reihe von inszenierten Vorfällen dazu, ein Klima allgemeiner Spannung zu erzeugen, das den 1978 mit dem *Sturz Hugo Banzers* begonnenen Demokratisierungsprozeß schwächen sollte. Dazu zählten die Ermordung des Jesuitenpaters *Luis Espinal*, Sabotageakte gegen Einrichtungen der Demokratischen Volksunion (UDP) und diverse Bombenanschläge, die Menschenleben kosteten. In dieser Situation faßten die Parteien und anderen politischen Organisationen, darunter der mächtige Gewerkschaftsverband COB, den Beschluß, Vorbereitungen zu treffen, um für einen eventuellen Rechtsputsch gerüstet zu sein. Als der Umsturz kam, war über die Beschlußfassung hinaus wenig geschehen. Die Schwerfälligkeit in der Organisation und ideologische Differenzen hinderten die Demokraten, obwohl unterstützt von den gemäßigten Teilen der Armee, am rechtzeitigen Eingreifen.

Zum Zeitpunkt des Putsches hatte die demokratische Bewegung stärkeren Rückhalt in der Gesamtheit der Bevölkerung als je zuvor. Zum Gelingen des Putsches trugen das schwache Ansehen der in alle Richtungen nachgiebigen *Regierung Gueiler*, vor allem aber die Zurückhaltung der in der Endphase begriffenen Carter-Administration und die erstmalige massive Unterstützung der Putschisten durch Argentinien bei, die den brasilianischen Anteil am Staatsstreich Banzers im Jahre 1971 weit übertraf. Die an politische Umstürze gewöhnte bolivianische Bevölkerung reagierte mit Verwirrung auf die neue Taktik der putschenden Militärs, die ihre ersten militärischen Operationen von paramilitärischen Truppen ausführen ließen. Als das Volk dann die ersten Soldaten und Panzer zu Gesicht bekam, waren die strategisch wichtigsten Punkte bereits unter der Kontrolle der Putschisten. Eine Stütze der putschenden Militärs wirkt sich auch heute noch stabilisierend auf das neue Regime aus: die einflußreichen und von der katastrophalen Wirtschaftslage als einzige verschonten Kokainproduzenten und -händler mit einem (niedrig) geschätzten Jahresumsatz von 800 Millionen Dollar.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt scheint sich das Regime mit diktatorischer Allmacht, unverminderter Repression und verwirrenden taktischen Manövern an der Macht zu halten. In sich widersprüchliche politische Absichtserklärungen und Maßnahmen sollen die ideologische Einordnung des Regimes offenbar erschweren, das sich ausgerechnet wie das sandinistische Regime Nicaraguas „Regierung des nationalen Wiederaufbaus“ nennt. Ein Licht auf das geistige Potential und die rechtsstaatlichen Vorstellungen der herrschenden Militärs warf das sogenannte *Staatssicherheitsgesetz*, das die Todesstrafe für Extremisten, Drogenhändler und Wirtschaftsverbrecher vorsah. Der Entwurf wurde zum Jahresende nach scharfem Einspruch der katholischen Bischöfe, die das Gesetz als „überflüssig und unpassend“ bezeichneten, bis auf weiteres zurückgezogen. Die Sicherheitspolitik des um internationales Anse-

hen offenbar unbesorgten Regimes dient einmal der Ausschaltung der im Untergrund tätigen politischen Oppositionsführer und bekämpft zudem mit eiserner Hand soziale Unruhestifter, zu denen die Generäle an erster Stelle die katholische Kirche des Landes rechnen. Bereits vor dem spektakulären Tod von neun führenden Oppositionspolitikern Mitte Januar bezeichnete ein UNO-Experte die Rechtslage in Bolivien als „schrecklich“. Die Angaben über die Zahl der politischen Häftlinge und in Lager Verbannten schwanken zwischen 200 bis 500 (offizielle Ziffern) und 2000 (Angaben von Menschenrechtsorganisationen und der politischen Opposition).

Auch Arbeit der Kirche behindert

In Zusammenarbeit mit dem Hohen Kommissar für Flüchtlinge der Vereinten Nationen versuchen die bolivianischen Kirchen, eine Gefangenenhilfe, dem Solidaritätsvikariat in Santiago de Chile vergleichbar, zu organisieren. Innerhalb der katholischen Kirche ist der sozial engagierte Klerus besonders bedroht, doch scheint sich der Verdacht der subversiven Tätigkeit auf kirchliche Stellen und Personen insgesamt ausgedehnt zu haben. So berichtete der österreichische Entwicklungshelfer *Norbert Küllner* nach seiner Rückkehr aus Bolivien im November, die Verfolgungswelle gegen Priester und Laien dauere an; verfolgt würden insbesondere Katechisten. Das im Rahmen des Ausnahmezustandes verfügte Versammlungsverbot behindere auch die Arbeit der Kirche schwer; in vielen Fällen müsse sich der Priester auf das Feiern der Messe beschränken (Kathpress, 7. 11. 80).

Zum Jahresende inkriminierten die Militärs einen in der katholischen Tageszeitung „Presencia“ erschienenen Artikel; unter dem Vorwand, der Beitrag beleidige die Würde der bolivianischen Frau, verfügten die Behörden die Schließung der Redaktion. Die Bolivianische Bischofskonferenz protestierte in einem Schreiben an die Junta gegen die Schließung, die den Versuch darstelle, „die Stimme der Kirche zum Schweigen zu bringen“. Seit Mitte Januar erscheint das Blatt wieder.

Bereits im September vergangenen Jahres hatten die Bischöfe sich in einem umfangreichen Dokument über „Würde und Freiheit“ grundsätzlich zur politischen Entwicklung des Landes geäußert. Papst Johannes Paul II. erwähnte die Erklärung anlässlich des Ad-limina-Besuchs bolivianischer Bischöfe am 12. November lobend: „Treu eurem Auftrag als Hirten und Führer auf dem Weg zu einer christlichen Sicht des Menschen und eingedenk der Verpflichtung, der Wahrheit in ihren vielfältigen Implikationen zu dienen, habt ihr mit Nachdruck die Würde des Menschen und die Freiheit des Evangeliums verkündet“ (CELAM-Boletín Nr. 12).

In diesem Dokument zählen die Bischöfe in sachlichem Ton die *Übergriffe der Militärs* seit der Machtübernahme auf und resümieren: „Diese Tatsachen sind bereits an sich zu verurteilen. Doch noch beklagenswerter ist, daß die ge-

setzlichen Möglichkeiten fehlen, um solchen Verbrechen entgegenzutreten zu können. Die faktische Aufhebung der verfassungsmäßigen Garantien, das Außerkraftsetzen der zwischen Individuum und Staat vermittelnden Institutionen machen den Bürger wehrlos gegen jegliche Verletzung seiner Rechte“ (Wortlaut in „Mensaje“, Oktober 1980, 599 ff.). Für die Kirche forderten die Bischöfe von der Regierung „die für die Verkündigung des Evangeliums in seiner Vollständigkeit notwendige Freiheit“. Außerdem wenden sie sich gegen Spaltungsversuche, konkret gegen die unverhohlene Absicht, einen Keil zwischen ausländische und einheimische Ordensleute zu treiben. Der größte Teil des Dokuments dient der Darlegung der kirchlichen Auffassung vom Auftrag der Politik auf der Grundlage des Schlußdokuments von Puebla und entsprechender Aussagen des jetzigen Papstes. Das Dokument des in seiner Gesamtheit eher konservativen bolivianischen Episkopats, das mit einer fast feierlichen Verkündigung individueller und sozialer Menschenrechte schließt, läßt vermuten, daß diese Ortskirche sich nicht nur als Hüterin der Menschenrechte versteht, sondern auch zumindest prinzipiell bereit ist, sich dem diktatorischen Regime als oppositionelle Kraft mahnend entgegenzustellen, solange der politischen Opposition die Hände gebunden sind. Einschränkend heißt es dazu freilich: „Es soll hier eindeutig klargestellt werden, daß die Kirche keinerlei Konfrontation mit irgendeinem politischen Regime sucht und sich an keinem aufrührerischen Vorhaben beteiligt.“

Der nächste Staatsstreich fast schon programmiert

Solange sich die Militärjunta, bestehend aus den Oberbefehlshabern der drei Waffengattungen (General *García Meza*, Heer; General *Valdo Bernal*, Luftwaffe, und Vizeadmiral *Ramiro Terrazas*, Marine), an der Macht hält, ist ihre Machtfülle unbegrenzt: Statutengemäß stellen sie neben der Exekutive die gesetzgebende Gewalt und ernennen die Richter. Der aus ihrer Mitte gewählte Präsident kann auf die militärische Führung zählen, da er über Beförderungen in allen drei Waffengattungen entscheidet. An dieser Machtfülle nagt jedoch ein unbesiegter Feind: die auf den Zusammenbruch zusteuernde Wirtschaft. Die aus der Banzer-Ära ererbte *verheerende Wirtschaftslage* hat sich noch verschlimmert. Im vergangenen Jahr lag das Wirtschaftswachstum unter einem Prozent, die Inflation über 50 Prozent. Die Kaufkraft sank um 25 Prozent, 36 Prozent des aktiven Bevölkerungsanteils sind arbeitslos. 40 Prozent der gesamten Exporteinnahmen müssen als Schuldtilgung für die Auslandsschulden in Höhe von 3,6 Milliarden Dollar aufgewendet werden. Im Zuge der von General *García Meza* verordneten „Kriegswirtschaft“ entfielen die Subventionen für Grundnahrungsmittel: der

Brotpreis stieg um das Dreifache, der Preis für Mehl um das Doppelte; öffentliche Verkehrsmittel und Strom verteuerten sich um 20 bis 40 Prozent.

Angesichts dieser Wirtschaftslage werden *soziale Unruhen* auch unter der lethargischen Indio-Bevölkerung des Altiplano nicht ausbleiben. Die demokratische Opposition kalkuliert die Not des Volkes und die Unzufriedenheit manches Besitzenden aus der Oberschicht als treibende Kraft ein, die das Ende der Diktatur beschleunigt. Die Flügelkämpfe innerhalb der Streitkräfte nehmen nach Einschätzung des Vizepräsidenten der von den Siegern der letzten Wahlen ausgerufenen Regierung der „Nationalen Einheit“ und Führers der „Bewegung der Revolutionären Linken“ (MIR), *Jaime Paz Zamora*, zu und „müssen zwingend zu einem Regierungswechsel führen“. Der Oppositionspolitiker ist zuversichtlich: „Die Regierung der Nationalen Einheit ist das Sammelbecken des gesamten Widerstandes, und in dem Maße, in dem sie diesen Widerstand zum Ausdruck bringt, hält sie den politischen Sieg in den Händen, der ein endgültiger sein wird, vielleicht nicht sofort, aber er ist unausweichlich“ (SIC, Dezember 1980). Auch der Präsident der Oppositionellen-Regierung, *Hernán Siles Zuazo*, setzt auf gemeinsame Aktionen von Politikern und Teilen der Armee: „Jede Veränderung der jetzigen Machtverhältnisse ist gut, denn jeder Einbruch schafft Raum für die Bewegung des Volkes“ (id).

Längerfristige Konsolidierung noch nicht in Sicht

Ein neuer Staatsstreich aufständischer Militärs, der die Diktatur rechtsextremer Generäle ablöst und den Weg für eine verfassungsgebende Versammlung oder freie Wahlen ebnet, wäre eine politische Perspektive, die auch von der neuen amerikanischen Führung toleriert werden könnte. Die von einer linken Minderheit verfolgte Idee eines Volksaufstandes nach dem Beispiel Nicaraguas hingegen würde mit Sicherheit auf amerikanischen Widerstand stoßen und interventionistische Überlegungen wecken. *Jaime Paz* erklärte nach Kontakten mit Beratern des neuen amerikanischen Präsidenten *Reagan*, er habe den Eindruck gewonnen, daß die Instabilität des bolivianischen Regimes ein unerwünschter Unsicherheitsfaktor für die USA darstelle. Daraus schloß der bolivianische Politiker, die Amerikaner befürworteten ein stabiles ziviles Regime in La Paz. Eine längerfristige Konsolidierung der herrschenden Militärdiktatur nach dem Beispiel Chiles hält *Paz Zamora* für ausgeschlossen. Der nächste Staatsstreich, nach einer der im Umlauf befindlichen Zählungen der 187. seit der Unabhängigkeit, stehe bevor und werde den Weg Boliviens in die Demokratie wieder öffnen. Dieses Mal, darin ist *Paz Zamora* zuzustimmen, kann es nur besser werden.

Gabriele Burchardt